

## ■ KONJUNKTURHÖHEPUNKT ÜBERSCHRITTEN

*Die Konjunktur hat in Österreich sowie in der Euro-Zone in den Sommermonaten ihren Höhepunkt erreicht. Seither mehren sich die Anzeichen, dass sich das Wachstum verlangsamt. Export und Sachgüterproduktion haben bis zum August noch nicht an Schwung eingebüßt. Konsum und Investitionen lassen jedoch erste Schwächezeichen erkennen. Die Unternehmer sind nicht mehr so optimistisch wie im Sommer, und die Stimmung der Verbraucher ist durch die Erdölpreishausse getrübt.*

Die österreichische Konjunktur hat im Sommer ihren Höhepunkt erreicht. Seither deuten mehrere Faktoren auf eine Abschwächung hin: Die Funktion der USA als Konjunkturmotor der Weltwirtschaft hat merklich nachgelassen; dies wird die Exporte der Handelspartner dämpfen. Die anhaltend hohen Erdölpreise haben in den Industrieländern Realeinkommenseinbußen zur Folge, die den privaten Konsum beeinträchtigen. Die steigenden Inflationsraten veranlassten weiters die Europäische Zentralbank zu einer Kurskorrektur, die den Unternehmen und den Gewerkschaften Warnsignale gibt. Die Abwärtstendenz auf den Aktienmärkten spiegelt alle diese Unsicherheiten wider.

In den bisher verfügbaren Daten für die österreichische Sachgüterproduktion und den Export schlagen sich diese möglichen dämpfenden Einflüsse noch nicht nieder. Die Exporte übertrafen im August das Vorjahresniveau wie im bisherigen Jahresverlauf um 17%. Die Ausfuhr in Drittländer nahm dreimal so rasch zu wie die Lieferungen innerhalb der EU. Auch die Sachgüterproduktion zeigt noch keine Anzeichen einer Abschwächung der Hochkonjunktur. Sie wurde im August ähnlich wie im 1. Halbjahr um 12% ausgeweitet, vor allem die Kfz-Zulieferungen florierten.

Konsum und Investitionstätigkeit lassen jedoch erste Schwächezeichen erkennen. Die Stimmung der Verbraucher hat sich in Österreich ebenso wie in der EU seit dem Sommer verschlechtert. Vor allem die künftige finanzielle Lage wird von den Haushalten ungünstiger eingeschätzt. Die realen Einzelhandelsumsätze stagnierten im III. Quartal im Vorjahresvergleich. Die reale Kaufkraft je Arbeitnehmer dürfte im Herbst trotz der Effekte der Steuerreform nicht mehr gestiegen sein. Die Inflationsrate ging mit fast 3% um 1 Prozentpunkt über die Tariflohnsteigerung hinaus. Für das Weihnachtsgeschäft wird keine Umsatzsteigerung erwartet<sup>1)</sup>.

Der Konjunkturbericht entsteht  
jeweils in Zusammenarbeit aller  
Mitarbeiter des WIFO.

<sup>1)</sup> Siehe dazu Wüger, M., „Konsumwachstum fiskalisch gestützt. Weihnachtsgeschäft erreicht reales Vorjahresniveau knapp“, in diesem Heft.

Die Investitionstätigkeit scheint ebenfalls an Schwung verloren zu haben. Die Stagnation der Importe von Maschinen und Verkehrsmitteln deutet darauf hin, dass auch die Investoren durch die Erdölpreishausse verunsichert wurden. Gegen Jahresende wird allerdings die bevorstehende Streichung der Investitionsprämie Vorzieheffekte auslösen.

Jene Indikatoren, denen eine Vorlauffunktion zugesprochen wird, deuten auf ein Nachlassen der Dynamik hin: Die Unternehmererwartungen waren im III. und IV. Quartal weniger optimistisch als zuletzt. Die Einschätzung der Auftragsituation blieb im IV. Quartal zwar unverändert, die Beurteilung der Geschäftslage und der Produktionserwartungen hat sich aber verschlechtert.

Gemäß dem Financial-Times-Indikator, der von führenden europäischen Wirtschaftsforschungsinstituten (Netzwerk „Euroframe“)<sup>2)</sup> erstellt wird, verlangsamt sich das Wachstum in der Euro-Zone von 3,7% im II. auf 3,2% im III. Quartal 2000. Die deutsche Wirtschaft expandierte im III. Quartal nach vorläufigen Berechnungen um nur 2,8%.

Rohöl kostete in den letzten Wochen weiterhin deutlich über 30 \$ je Barrel, Hoffnungen auf einen Rückgang unter diese Grenze waren verfrüht. Die Erdölverteuerung bildet damit das größte Risiko für den weiteren Konjunkturverlauf.

Die Inflationsrate ging in Österreich im Oktober leicht zurück, blieb aber mit 2,8% nach wie vor hoch. Die Unternehmen sind infolge der Steigerung der Energiekosten gezwungen, entweder geringere Gewinnmargen in Kauf zu nehmen oder die Kosten auf ihre Preise zu überwälzen. Allmählich zeigt sich eine solche teilweise Überwälzung: Der Index der Großhandelspreise ist um 6% gestiegen. Die Preise industriell-gewerblicher Waren, die 1999 stabil geblieben waren, lagen im Oktober bereits um 1% über dem Niveau des Vorjahres.

Der Beschäftigungszuwachs hat in Österreich im Herbst nachgelassen, der Vorjahresabstand verringerte sich von +33.000 im II. Quartal auf +19.000 in den Monaten Juli bis November. Dies lässt sich jedoch nicht mit Konjunkturreinflüssen erklären: Die Beschäftigung in der konjunktur reagiblen Sachgüterproduktion nimmt seit dem Sommer zu (Oktober +3.700 gegenüber dem Vorjahr), und die Gesamtbeschäftigung reagiert erfahrungsgemäß erst mit beträchtlicher Verzögerung (von etwa einem halben Jahr) auf den Konjunkturverlauf. Der Hauptgrund für die Abschwächung der Beschäftigungsdynamik im Herbst dürfte in einer Welle von Frühpensionierungen vor dem Inkrafttreten der neuen Pensionsre-

<sup>2)</sup> Das WIFO ist Mitglied dieses Netzwerks „Euroframe“, das aus sieben Instituten besteht und derzeit im Auftrag des Europäischen Parlaments eine Wirtschaftsprognose für die Euro-Zone erstellt. Neben dem WIFO gehören dem Netzwerk an: NIESR (London), OFCE (Paris), DIW (Berlin), IfW (Kiel), Prometeia (Bologna), ETLA (Helsinki) und CPB (Den Haag).

gelungen liegen. Die Arbeitslosigkeit sank im Herbst unvermindert stark. Etwa zur Hälfte betrifft dieser Rückgang Ältere (über 50 Jahre), wobei ebenfalls der verstärkte Übergang in die Pension eine wichtige Rolle spielt.

## ANZEICHEN FÜR EINE ABSCHWÄCHUNG DER INTERNATIONALEN KONJUNKTUR

Die Entwicklung der internationalen Konjunktur wird in einem eigenen Beitrag in diesem Heft analysiert<sup>3)</sup>. Besonders bemerkenswert erscheint, dass sich die Anzeichen für eine Abkühlung der internationalen Konjunktur mehren. Die Konjunkturabschwächung in den USA und der wachstumsdämpfende Effekt der Erdölpreise sind stärker, als vielfach angenommen wurde. Die Umverteilung der Kaufkraft zulasten der Industriestaaten und die restriktivere Zinspolitik tragen zu einer Dämpfung der Dynamik bei.

Das Wirtschaftswachstum ging in den USA im III. Quartal bereits unter die 3%-Marke zurück. Angesichts der seit dem Frühjahr inversen Zinsstruktur war dies auch zu erwarten<sup>4)</sup>. Im November und Dezember sank der Einkaufsmanager-Index weiter unter die 50%-Grenze, was auf eine (saisonbereinigte) Abnahme der industriell-gewerblichen Produktion hindeuten könnte. Die Neuzugänge an Arbeitslosen nahmen zu. Die negativen Reaktionen an den internationalen Börsen spiegeln diese Schwächezeichen wider.

Gemäß dem jüngsten Bericht der OECD ist der dämpfende Effekt der Rohölpreishausse auf die Konjunktur der OECD-Länder stärker als erwartet, er wird nunmehr auf ½ Prozentpunkt geschätzt.

In der EU hat sich die Stimmung der Verbraucher infolge der kräftigen Erdölverteuerung deutlich eingetrübt, die Unternehmen waren jedoch in der jüngsten Umfrage noch relativ optimistisch (außer in Deutschland). In Deutschland blieb das Wirtschaftswachstum im III. Quartal mit 2,8% merklich hinter den Erwartungen zurück. Die Bauinvestitionen verfehlten das Vorjahresniveau um 5%, und der private Konsum entwickelte sich verhalten.

## KEINE WEITERE ZINSERHÖHUNG

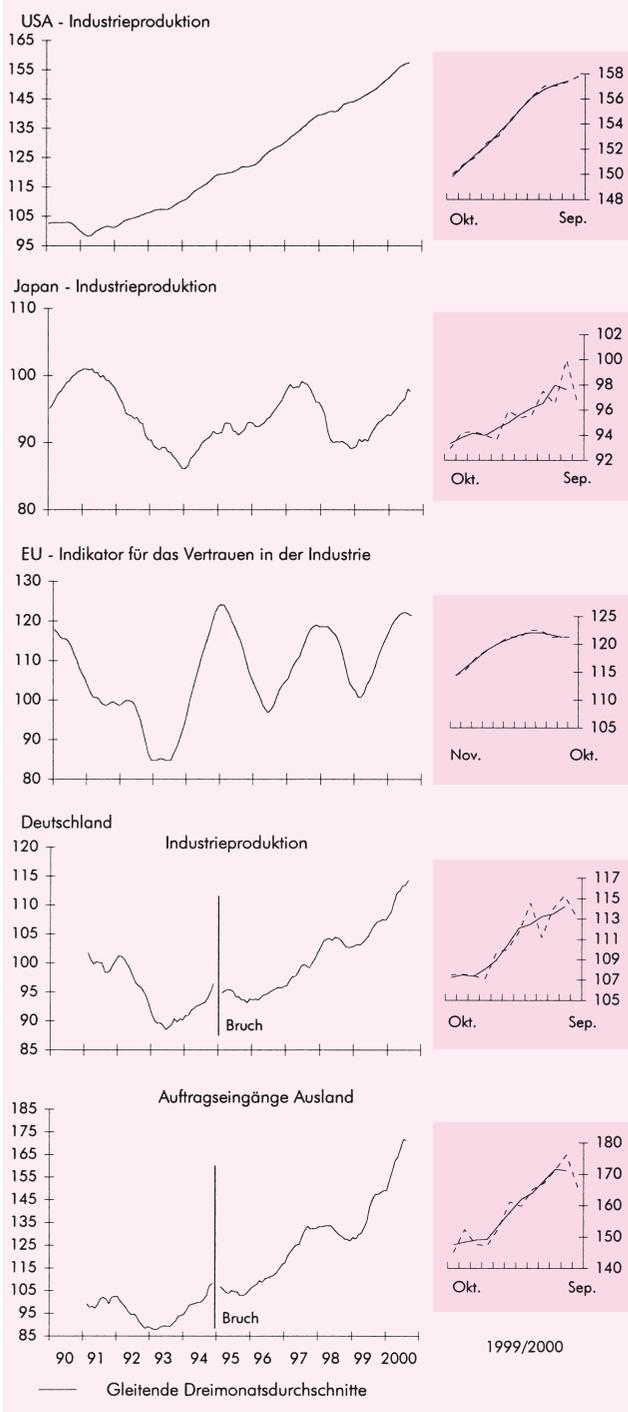
Der EZB-Rat beschloss anlässlich seiner Sitzungen im November, den Mindestsatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4¾% zu belassen (seit dem Oktober 1999 hatte die EZB diesen Zinssatz bereits um 2¼ Prozentpunkte angehoben). Die Differenz zwischen kurz-

<sup>3)</sup> Marterbauer, M., „Dämpfung des Wachstums der Weltwirtschaft im Jahr 2001“, in diesem Heft.

<sup>4)</sup> Siehe Walterskirchen E., „Erdölverteuerung und Budgetkonsolidierung dämpfen Wirtschaftswachstum. Prognose für 2000 und 2001“, WIFO-Monatsberichte, 73(10).

## Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100



und langfristigen Zinsen beträgt nur noch  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt – ein Hinweis auf einen restriktiveren Kurs der Zinspolitik.

Die EZB begründete ihren Beschluss damit, dass sich das Wachstum der Geldmenge M3 in den letzten Monaten tendenziell verlangsamte und die sich abzeichnende Dämpfung des Wachstums der Weltwirtschaft die Inflationsrisiken verringert<sup>5)</sup>. Zudem sei die Kerninflation in der Euro-Zone weiter niedrig. Ohne Energie und sai-

<sup>5)</sup> Europäische Zentralbank, Monatsbericht, November 2000.

sonabhängige Lebensmittel lag die Teuerungsrate im Oktober bei nur 1,5%, die unbereinigte Inflationsrate sank in der Euro-Zone im Oktober leicht auf 2,7%.

Im November intervenierte die EZB auf den Devisenmärkten, um den Euro-Kurs zu stützen. Da ein niedriger Euro-Kurs einen Aufwärtsdruck auf die Importpreise erzeugt, versucht die EZB dieses Inflationsrisiko zu verringern. Außerdem sieht sie die Vorteile, die ein niedriger Euro-Kurs der Exportwirtschaft bringt, als ein bloß kurzfristiges Phänomen an. Der Anstieg der Importpreise würde diese Vorteile aufzehren.

## AUCH IM AUGUST HOHER ZUWACHS DER SACHGÜTERPRODUKTION

Bis zum August zeigte sich in Österreich weder im Export noch in der Sachgüterproduktion eine Abschwächung der Hochkonjunktur. Der reale Produktionsindex stieg im August ähnlich wie im 1. Halbjahr gegenüber dem Vorjahr um 12% (arbeitstägig bereinigt). Vor allem die Kfz-Zulieferungen sowie die Produktion von dauerhaften Konsumgütern und Investitionsgütern florierten. Die Erzeugung von Vorprodukten bleibt seit einigen Monaten hinter dem Durchschnitt zurück, und die Hersteller von nichtdauerhaften Konsumgütern erzielten weiterhin nur geringe Zuwachsraten.

Die Auftragspolster sind noch reichlich, das Nachlassen der Zunahme der Auftragseingänge in den letzten Monaten könnte aber auf eine Konjunkturdämpfung hindeuten. Die Unternehmererwartungen waren im III. und IV. Quartal etwas weniger optimistisch als in der ersten Jahreshälfte; die Stimmung hat sich jedoch weniger eingetrübt als jene der Verbraucher.

Die Bauwirtschaft kann nicht ganz mit dem Wachstum der Gesamtwirtschaft mithalten. Die Hoch- und Tiefbauunternehmen erwirtschafteten von Jänner bis August einen um 3% höheren nominellen Produktionswert als im Vorjahr. Getragen wurde diese Umsatzexpansion vor allem vom Industrie- und sonstigen Hochbau, der Tiefbau und der Wohnungsbau stagnierten.

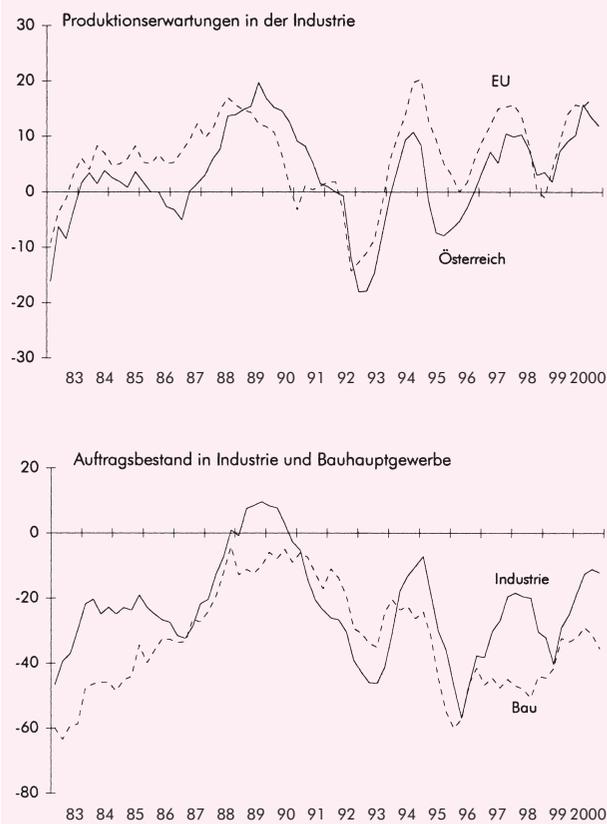
Ende Juli erreichte der Auftragsbestand der österreichischen Bauunternehmen rund 63 Mrd. S, um 1,7% mehr als im Vorjahr. Ein Zuwachs ergab sich im Tiefbau, im sonstigen Hochbau und im Adaptierungssektor. Im Wohnungsbau sowie im Industrie- und Ingenieurbau ist der Auftragsbestand stark rückläufig.

## EXPORTDYNAMIK IM SOMMER UNGEBROCHEN

Den österreichischen Exporteuren kamen heuer der Aufschwung der Weltwirtschaft und die Schwäche des Euro zugute. Die Ausfuhr überstieg das Vorjahrsniveau von Jänner bis August laut Außenhandelsstatistik um 18%.

Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Im August (+18%) war die Dynamik noch unvermindert hoch. Besonders florierten die Exporte in Drittstaaten (außerhalb der EU), sie wurden im August (+29%) dreimal so rasch ausgeweitet wie jene in die EU. Die Lieferungen in alle größeren Regionen außerhalb der EU – NAFTA, Japan, NOPEC, Ost-Mittel- und Südeuropa – stiegen in dieser Größenordnung. Nur die Exporte in die OPEC-Länder blieben überraschenderweise bisher zurück (+10%), die erwartete Belebung der Importnachfrage aus dieser Region ist noch nicht eingetreten. Die Ausfuhr in die frühere UdSSR wurde dagegen um 60% ausgeweitet. Die Länder der früheren UdSSR verzeichnen dank hoher Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgasgeschäft die größte Wachstumsrate seit dem Zusammenbruch der zentralen Planwirtschaft.

Die Importe nahmen laut Außenhandelsstatistik im gesamten Jahresverlauf, besonders aber in den Monaten Juni bis August schwächer zu als die Exporte. In diesen drei Monaten stiegen zwar die Importe von Roh- und Brennstoffen nominell um mehr als 40%, die Importe von Maschinen und Verkehrsmitteln stagnierten jedoch nahezu (+2½%), nachdem der Anstieg im 1. Halbjahr noch 16% betragen hatte.

Die österreichische Leistungsbilanz hat sich im 1. Halbjahr deutlich verschlechtert. Das Defizit war (nach dem Accrual-Prinzip) mit 40 Mrd. S um ein Drittel

(+14 Mrd. S) höher als vor einem Jahr. Ausschlaggebend waren die hohe Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern sowie die Verteuerung der Energieimporte. Im III. Quartal war bezüglich der Zunahme des Leistungsbilanzdefizits eine Entspannung zu verzeichnen, das Defizit war nach dem Cash-Prinzip (nach dem Accrual-Prinzip noch nicht verfügbar) mit 26 Mrd. S um 1½ Mrd. S niedriger als im letzten Jahr.

Im Gegensatz zur Außenhandelsstatistik erhöhte sich die Ausfuhr gemäß der Statistik der Wareneinzahlungen (einschließlich NAL) im bisherigen Jahresverlauf etwas weniger stark als die Einfuhr.

Der Reiseverkehr i. e. S. als wichtigste Komponente der Dienstleistungsbilanz wies in den ersten drei Quartalen einen um 3¾ Mrd. S geringeren Überschuss auf als im entsprechenden Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres. Die Ausgaben der Österreicher im Ausland nahmen mit +8% deutlich stärker zu als die Reiseverkehreinnahmen (+3%).

Die Sommersaison verlief im Tourismus verhalten. In den Monaten Mai bis September blieb die Zahl der Nächtigungen unter dem Wert des Vorjahres (-2,7%), die Tourismusumsätze sind aber nach vorläufigen Berechnungen gestiegen. Höhere Ausgaben der Gäste machten die Nächtigungsrückgänge wett.

Die Zahl der Inländernachtungen wurde etwas gesteigert, die ausländische Nachfrage nach Nächtigungen verringerte sich jedoch um 4½%. Um mehr als 10% nahmen die Nächtigungen von Franzosen, Holländern, Belgiern und Italienern ab. Dagegen kamen mehr Gäste aus den USA und aus Großbritannien, wozu insbesondere der niedrige Euro-Kurs beitrug.

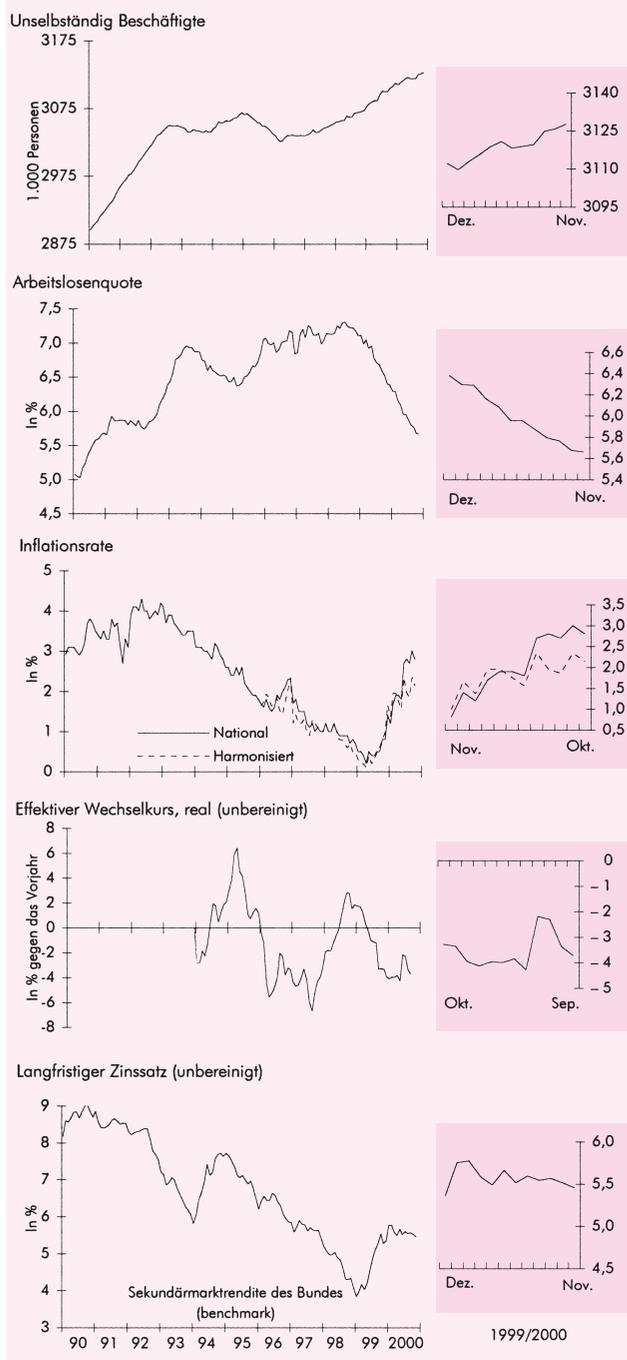
Gemessen am Wachstum der internationalen Reisemärkte erzielten die heimischen Tourismusbetriebe heuer ein relativ schwaches Ergebnis. Während die Reiseverkehrausgaben der Österreicher etwa im internationalen Gleichklang zunehmen, verliert der österreichische Tourismus – von einem sehr hohen Niveau ausgehend – international Marktanteile.

## HOHE ERDÖLPREISE DRÜCKEN DIE KAUFKRAFT DER KONSUMENTEN

Der kräftige Preisanstieg drückt die Kaufkraft der Konsumenten und damit auch den privaten Konsum. Die realen Nettoeinkommen je Arbeitnehmer sind im III. Quartal nach vorläufigen Berechnungen im Vorjahresvergleich nicht mehr gestiegen. Die Inflationsrate ging mit fast 3% um 1 Prozentpunkt über die Tariflohnsteigerung hinaus, die positiven Effekte der Steuerreform und des „Familienpakets“ verhinderten aber einen Rückgang der realen Kaufkraft je Arbeitnehmer.

Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt



Der private Konsum war im 1. Halbjahr eine wichtige Konjunkturstütze. Im III. Quartal gingen die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Pkw) um 0,3% zurück – nach +4½% im 1. Halbjahr. Der private Konsum nahm nach vorläufigen Schätzungen leicht zu. Der Kfz-Handel blieb deutlich hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Im Durchschnitt der Monate Juni bis September unterschritten die Pkw-Neuzulassungen das durch Sondereffekte überhöhte Vorjahresniveau um etwa 10%.

Bezüglich der Investitionstätigkeit im III. Quartal liegen derzeit noch keine statistischen Daten vor. Die sehr mä-

ßige Steigerung der Importe von Maschinen und Verkehrsmitteln (+2½%) deutet jedoch darauf hin, dass auch die Investoren durch die Erdölverteuerung verunsichert wurden.

**ROHÖLPREIS UND INFLATIONSRATE BLEIBEN HOCH**

*Die hohen Erdölpreise erhöhen die Verbraucherpreise und drücken die Kaufkraft. Die Unternehmen müssen wesentlich mehr für Erdölprodukte aufwenden, sie profitieren aber über eine Verringerung der Stromkosten von der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes.*

Die Inflationsrate ging im Oktober leicht zurück, blieb aber mit 2,8% nach wie vor hoch. Die Energiepreise trugen rund ein Viertel zur Teuerungsrate bei. Selbst nach dem Wegfall des direkten Energiepreiseffekts im Vorjahresvergleich würde die Inflationsrate noch 2% betragen.

Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) wies im Oktober mit +2,1% eine deutlich niedrigere Steigerung aus als der Verbraucherpreisindex (VPI). Unterschiede in der Gewichtung der einzelnen Positionen und zum Teil auch der Umfang der von den Indizes erfassten Bereiche spielen hier eine wichtige Rolle. Weiters ist die motorbezogene Versicherungssteuer, die den VPI seit Juni um 0,3 Prozentpunkte anhebt, als Steuer nicht im Konzept des HVPI enthalten.

Die Teuerung lag in Österreich gemäß HVPI unter dem EU-Durchschnitt (2,4%), aber über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank (ein Jahresdurchschnitt von weniger als 2%). In der Europäischen Währungsunion verzeichnete Österreich im Oktober gemeinsam mit Frankreich die niedrigste Inflationsrate (laut HVPI).

Im Vergleich zum Vormonat stieg das Preisniveau im Oktober um 0,2%. Gas und flüssige Brennstoffe wurden teurer, Treibstoffe etwas billiger. Die Rezeptgebühr wurde um fast ein Viertel angehoben, sie erhöht den Gesamtindex aufgrund des geringen Gewichts aber um nur 0,05 Prozentpunkte.

Der Vorjahresabstand der Weltmarktnotierungen für Rohöl erreichte bereits im I. Quartal 2000 mit etwa +150% (auf Schillingbasis) seinen Höhepunkt. Seither wird er tendenziell geringer, betrug aber im Oktober immer noch fast +80%. Auf der Verbraucherebene war die Verteuerung der Verkehrsausgaben im Frühsommer (im Vorjahresvergleich) am höchsten, im Oktober flachte sie bereits etwas ab. Der Anstieg der Kosten von Beleuchtung und Beheizung hat sich dagegen bis zum Oktober

verstärkt, u. a. weil die Gaspreise verzögert auf die Weltmarktpreisentwicklung reagieren.

Der Index der Großhandelspreise erhöhte sich im Oktober gegenüber dem Vorjahr um 6%, jener für Intermediärgüter sogar um 9%. Die Unternehmen sind also infolge der Energiekostensteigerung gezwungen, entweder geringere Gewinnmargen in Kauf zu nehmen oder die Kosten auf ihre Preise zu überwälzen. Andererseits werden die Unternehmen durch die Verbilligung von Strom entlastet.

Allmählich werden die höheren Energiekosten auch auf die Preise von Fertigwaren überwälzt. Die große Gruppe der industriell-gewerblichen Waren, die sich 1999 nicht verteuert hatte, kostete im Oktober bereits um 1% mehr als im Vorjahr.

Die Abgeltung der Erdölverteuerung in den Löhnen fällt bisher mäßig aus. In der Metallindustrie wurden zwar die Ist-Löhne infolge der guten Exportkonjunktur mit +3,4% (Mindestlöhne +3,7%) kräftig angehoben. Die anderen Branchen blieben jedoch zum Teil weit darunter (Mindestgehälter im Handel +2,4% bis +3,0%). Im öffentlichen Dienst wurden die Gehälter unter dem Druck der Budgetkonsolidierung um nur 1,5% erhöht.

## HOHES WIRTSCHAFTSWACHSTUM LÄSST ARBEITSLOSIGKEIT DEUTLICH ZURÜCKGEHEN

*Das hohe Wirtschaftswachstum wirkt sich heuer sehr günstig auf den Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosigkeit sinkt merklich, zum Teil auch durch verstärkten Übergang von Arbeitslosen in das Pensionssystem.*

Das rege Wirtschaftswachstum hat eine deutliche Verbesserung der Beschäftigungslage zur Folge. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Beschäftigung in der Regel dann steigt, wenn das Wirtschaftswachstum

über 1¾% hinausgeht<sup>6)</sup> – heuer beträgt die Wachstumsrate 3½%.

Der Zuwachs der Beschäftigung hat sich seit dem Frühsommer verlangsamt, der Vorjahresabstand verringerte sich von +33.000 im II. auf +19.000 im III. Quartal zurück; im November betrug er +20.000 (+0,6%). Diese Tendenz kann nicht mit einer Abschwächung der Konjunktur erklärt werden. Abgesehen von statistischen Sondereffekten liegt der Hauptgrund für den mäßigen Beschäftigungszuwachs offenbar in einer Welle von vorzeitigen Pensionierungen vor dem Inkrafttreten der neuen Pensionsregelungen.

Erfreulich entwickelt sich die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung: Seit dem Sommer nimmt die Zahl der Arbeitsplätze hier gegenüber dem Vorjahr zu (Oktober +3.700 bzw. fast +1%). Der Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft spiegelt die schwache Konjunktur in diesem Bereich wider. Im tertiären Sektor konzentriert sich der Beschäftigungsanstieg weiterhin auf die unternehmensbezogenen Dienste. Im öffentlichen Sektor verringert sich die Beschäftigtenzahl. Hier spielt sicher die starke Inanspruchnahme der Möglichkeit des vorzeitigen Pensionsantritts vor dem Inkrafttreten der Pensionsreform (insbesondere im öffentlichen Dienst) eine entscheidende Rolle.

Die hohe Wirtschaftsdynamik begünstigt den Abbau der Arbeitslosigkeit. Im November waren 192.900 Arbeitslose registriert, die Arbeitslosenquote betrug 5,8% (gemäß Eurostat saisonbereinigt 3,1%). Die Arbeitslosenquote sank in der Vergangenheit in der Regel dann, wenn die Rate des Wirtschaftswachstums über 2½% hinausging. Die Abnahme der Arbeitslosenzahl um 27.900 gegenüber dem November des Vorjahres geht mit dem regen Wirtschaftswachstum konform. Etwa die Hälfte des Rückgangs entfällt auf die Altersgruppe der über 50-Jährigen und ist im Zusammenhang mit dem verstärkten Zugang ins Pensionssystem zu sehen.

Abgeschlossen am 5. Dezember 2000.

<sup>6)</sup> Marterbauer, M., Walterskirchen, E., Einfluss des Wirtschaftswachstums auf die Arbeitslosigkeit, WIFO, Wien, 2000.